



#dieschmidt

der newsletter

15.12.2017

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

letzte Woche hat sich der Bundesparteitag der SPD dafür ausgesprochen ergebnisoffene Gespräche mit CDU und CSU aufzunehmen. Uns ist wichtig, dass wir – im Falle einer Regierungsbeteiligung – unsere sozialdemokratischen Themen durchsetzen können. Der Parteivorstand der SPD hat in seiner Sitzung heute Vormittag entschieden, Sondierungsgespräche mit CDU/CSU aufzunehmen. Wir werden nun sehen müssen, wie diese verlaufen. **Im Januar wird ein weiterer Bundesparteitag darüber entscheiden, ob aus den Sondierungsgesprächen Koalitionsgespräche werden. Oder nicht.**

Ob die Gespräche in einer Regierungsbeteiligung münden, ist offen. Grundlage für die Gespräche mit anderen Parteien müssen immer unsere sozialdemokratischen Grundüberzeugungen und die Beschlüsse unserer Partei sein. Unsere Gesellschaft braucht mehr Zusammenhalt und Erneuerung. Denn noch immer wachsen 21% aller Kinder in Deutschland länger als fünf Jahre in Armut auf. Deswegen mache ich mich für eine Kindergrundsicherung stark. Noch immer gibt es Menschen, die nach einem langen Arbeitsleben nicht von ihrer Rente leben können. Deswegen brauchen wir eine Stabilisierung des Rentenniveaus und die Einführung einer Solidarrente in Deutschland. Wer krank wird, darf nicht wegen seiner Versicherung oder seines Wohnortes anders behandelt oder schlechter versorgt werden. Ein guter Grund für die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen. Wer nach einer familiär bedingten Stundenreduzierung wieder in Vollzeit zurückkehren möchte, muss dies auch tun können. Deswegen brauchen wir ein Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit. **Um diese und weitere Ziele (mehr dazu unter www.dagmarschmidt.de/unser-weg) durchzusetzen, gehen wir in die Sondierungsgespräche mit CDU und CSU.**

Ich wurde am vergangenen Freitag mit einem sehr guten Ergebnis im Vorstand bestätigt. Ich bin dankbar für das entgegengebrachte Vertrauen und werde meinen Beitrag leisten, damit wir als starke und profilierte Partei in die Gespräche gehen.

Der nächste Newsletter #dieschmidt erscheint am 19.01.2018. Bis dahin wünsche ich Dir/Ihnen alles Gute, eine ruhige und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB

SPD ist für eine soziale Trendwende in Europa

Die Reform der Europäischen Union wird in den Gesprächen mit CDU/CSU eine wesentliche Rolle spielen. Eine starke EU ist die



Voraussetzung, um viele Herausforderungen – von der Außen- und Verteidigungspolitik bis zur Frage der Migrations- und Flüchtlingspolitik – zu meistern. Aber nur wenn die Einwohnerinnen und Einwohner der EU spüren, dass mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein Wohlstandsversprechen verbunden ist, können wir die EU wieder positiv besetzen und Mehrheiten für eine institutionelle Erweiterung finden.

[...weiterlesen](#)

Information darf nicht strafbar sein

Ärztinnen und Ärzte, die im Internet über legale Schwangerschaftsabbrüche informieren, machen sich unter Umständen strafbar. Die



SPD-Bundestagsfraktion will deshalb den entsprechenden Paragraphen 219a Strafgesetzbuch abschaffen. Wir haben als SPD-Bundestagsfraktion am Montag einen Gesetzentwurf beschlossen, der Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte schaffen soll, die im Internet über Schwangerschaftsabbrüche informieren. Damit wollen wir das Informationsrecht der Frauen stärken. [...weiterlesen](#)

Mandate der Bundeswehr um drei Monate verlängert

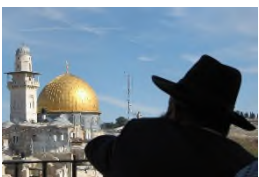
Diese Woche hat der Bundestag sieben Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr um drei Monate verlängert. Bei diesen



Mandaten handelt es sich um die deutsche Beteiligung an der Sicherheitsoperation im Mittelmeer, dem Anti-IS-Mandat, der Ausbildungsunterstützung für die Peschmerga und die irakische Armee, dem Afghanistan-Mandat, der Stabilisierungsmission in Mali, der UN-Mission in Darfur und der UN-Mission im Südsudan. Die jeweiligen Missionen müssen turnusgemäß einmal jährlich verlängert werden. [...weiterlesen](#)

Trump befeuert den Nahostkonflikt

Mit seiner fahrlässigen und gefährlichen Entscheidung Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen, hat US-Präsident Trump in der



vergangenen Woche mit einem jahrzehntelangen internationalen Konsens gebrochen und allen Friedensbemühungen einen schweren Schlag versetzt. Trump hat mehr die eigenen Wählergruppen in den USA und weniger die Situation im Nahen Osten im Blick. Damit nimmt er rücksichtslos die negativen außenpolitischen Folgen und eine erneute gewaltsame Eskalation zwischen Israelis und Palästinenserinnen und Palästinensern in Kauf. [...weiterlesen](#)

Opfer besser schützen und entschädigen

Am 19. Dezember jährt sich der Terroranschlag auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz, bei dem im vergangenen Jahr



zwölf Menschen starben und mehr als 60 zum Teil schwer verletzt wurden. Die Erfahrungen der Opfer und Hinterbliebenen nach dem Anschlag zeigen, dass beim Opferschutz und der Opferentschädigung Handlungsbedarf besteht. Gemeinsam mit CDU/CSU, FDP und Grünen haben wir uns mit den Opfern und Hinterbliebenen solidarisch erklärt und uns gemeinsam für eine konkrete Verbesserung des Opferschutzes eingesetzt. [...weiterlesen](#)

SPD fordert nationalen Glyphosatausstieg

Die SPD-Fraktion fordert den nationalen Ausstieg aus glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln. In einem Antrag, der am Dienstag



beraten wurde, fordern wir die Anwendung von Totalherbiziden durch Privatpersonen und generell in Haus- und Kleingärten, auf öffentlichen Flächen und innerhalb geschlossener Ortschaften sofort zu verbieten. Eine Übergangsphase ist in speziellen Fällen in der Landwirtschaft denkbar. Der Ausstieg aus Glyphosat ist lediglich ein erster Schritt hin zu einer breit angelegten Artenschutzstrategie, die Deutschland dringend braucht. [...weiterlesen](#)